

Fragen und Antworten UN-Klimakonferenz 2011

Im südafrikanischen Durban findet vom 28. November bis 9. Dezember die 17. UN-Vertragsstaatenkonferenz der Klimakonvention (COP17) statt. Greenpeace begleitet die Klimaverhandlungen vor Ort und beantwortet die wichtigsten Fragen.



1) Welche Erwartungen hat Greenpeace an die COP17?

Vorweg: Der dringend nötige Abschluss eines ambitionierten, gerechten und verbindlichen Weltklimavertrages ist in Durban leider nicht zu erwarten. Greenpeace erwartet allerdings von den UN-Klimaverhandlungen,

- dass für den Übergang der einzige derzeit geltende Klimavertrag, das Kyoto-Protokoll, mit anspruchsvollen Zielen und in verbesserter Form verlängert wird.
- dass die Staaten ein Verhandlungsmandat beschließen, das den Weg zu einem neuen Klimaabkommen verbindlich und mit einem konkreten Zeitplan festlegt. Ein umfassendes Klimaabkommen muss bis spätestens 2015 ausgehandelt sein. Darin müssen sich auch die größten CO₂-Verursacherländer wie China und die USA auf verbindliche Klimaziele verpflichten.
- dass in Durban der Grüne Klimafonds in Kraft gesetzt und so aufgefüllt wird, dass daraus Klimaschutz und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländern finanziert werden können.

2) Ist das "2-Grad-Klimaziel" überhaupt noch erreichbar?

Bei der letzten Klimakonferenz in Cancun 2010 haben die Staaten sich darauf geeinigt, die Erderwärmung unter der kritischen Grenze von 2 Grad Plus gegenüber dem Stand vor Beginn der Industrialisierung zu halten. Die Wissenschaftler warnen, dass der globale Höhepunkt des CO₂-Ausstoßes innerhalb dieses Jahrzehnts erreicht werden muss, wenn das 2-Grad-Ziel erreicht werden soll.

Vor diesem Hintergrund sendet die Klimaforschung immer deutlichere Alarmsignale: Nach Berechnungen der Internationalen Energieagentur (IEA) stieg der weltweite Treibhausgasausstoß 2010 um über fünf Prozent, der stärkste Anstieg seit zwanzig Jahren.

Seit 1990 haben die weltweiten CO₂-Emissionen um 45 Prozent zugenommen, Tendenz steigend. Doch derzeit steuert die Welt auf einen Temperaturanstieg von durchschnittlich vier bis sechs Grad und damit auf ein Klimachaos unbekannten Ausmaßes zu. Im November 2011 legte der Weltklimarat IPCC einen Bericht vor, demzufolge sich globale Extremwetter, Dürren und Hitzewellen drastisch verschärfen werden.

Gegebenenfalls soll das 2-Grad-Ziel im Lichte neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse noch einmal auf 1,5 Grad angepasst werden. Der Grund: Die globale Erwärmung hat seit 1900 bereits um 1 Grad zugenommen; möglicherweise sind weitere 0,3 bis 0,5 Grad durch die später emittierten Treibhausgase bereits unvermeidbar. Das bedeutet, die Emissionen dürfen nicht weiter steigen, sondern sie müssen weltweit so schnell wie möglich, aber spätestens ab 2015 rapide und dauerhaft sinken, sonst wird nicht einmal das 2-Grad-Ziel mehr erreichbar sein.

Kyoto-Protokoll und Klimakonvention

3) Warum das Kyoto-Protokoll verlängern, wenn sich vielleicht nur wenige Länder anschließen?

Trotz aller Mängel des Kyoto-Protokolls – es ist das derzeit einzige völkerrechtlich verbindliche Klimaschutzabkommen. Es wäre leichtfertig, die über Jahre mühsam ausgehandelten Kyoto-Regeln einfach über Bord zu werfen, bevor ein neues Abkommen ausgehandelt ist: Das Kyoto-Protokoll hat nicht nur verbindliche Klimaziele festgelegt, sondern erstmals auch genau definiert, welche Treibhausgase erfasst werden, wie Emissionen zu berechnen sind und wie die Staaten über berichten müssen. Dieses Regelwerk muss in verbesserter Form auch in einem umfassenderen neuen Klimavertrag erhalten bleiben.

Freiwillige Vereinbarungen oder uneinheitliche Einzelabkommen mit beliebigen Regeln sind keine Alternative, bisher sind sie regelmäßig gescheitert. Dies würde allein den global operierenden Mineralöl- und Kohleenergie-Unternehmen in die Hände spielen, die schärfere Klimaziele der Politik verhindern (siehe Greenpeace-Report, Stand: November 2011, <http://gpurl.de/sMIaG>).

4) Sollten die Kyoto-Staaten das Protokoll in Durban auch ohne Fahrplan für einen Weltklimavertrag verlängern?

Mit dem Kyoto-Protokoll alleine ist das Klima nicht zu retten – ohne das Kyoto-Protokoll aber wäre der UN-Klimaprozess tot. Das Kyoto-Protokoll und das Mandat für einen Weltklimavertrag sind miteinander verbunden: Es reicht nicht aus, dass sich nur einige wenige Staaten verpflichten, wenn die größten CO₂-Emittenten USA und China keinerlei Verantwortung übernehmen. In dieser Konstellation könnte der Anstieg der Treibhausgasemissionen in diesem Jahrzehnt nicht mehr gestoppt werden.

5) Was wäre, wenn das Kyoto-Abkommen nicht verlängert wird?

Wenn sich die Staaten in Durban nicht auf eine zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls einigen können, wird es auch keine Verhandlungen mit den USA, China und den Entwicklungsländern zu einem neuen Klimaschutzvertrag geben. Das würde eine Sackgasse für den UN-Prozess bedeuten. Die Staaten müssen für Kyoto II allerdings die Mängel des bisherigen Kyoto-Protokolls beseitigen. Dazu zählen zum Beispiel die Schlupflöcher bei den Regelungen zu den Emissionen aus der Wald- und Landnutzung (LULUCF) und dem "Clean Development Mechanism" (CDM).

Die Koalitionsfrage

6) Wie kann überhaupt mit Blockierländern wie China, Indien und den USA verhandelt werden?

Die Zeiten, in denen Blockierer wie die USA nur mit diplomatischen Samthandschuhen angefasst wurden, sind vorbei. Der Klimawandel kann nicht global bekämpft werden, wenn die großen CO₂-Verursacher nicht mitspielen.

Das bedeutet:

- Insbesondere die USA müssen ihre Blockadehaltung gegenüber internationalen Verpflichtungen aufgeben.
- China muss akzeptieren, dass es als mittlerweile größter CO₂-Verursacher mehr Verantwortung übernehmen muss.
- Die Staaten müssen sich notfalls gegen die USA stellen und den Prozess vorantreiben, wenn die amerikanische Delegation eine Blockadehaltung einnimmt. Für diese sogenannte "coalition of the willings" – ein fortschrittsorientiertes Bündnis – müssen die Schwellenländer gewonnen werden.



7) Wie soll ein einzelner Staat isoliert werden, wenn Beschlüsse bei der Klimakonferenz einstimmig getroffen werden müssen?

Bereits im vergangenen Jahr in Cancun wurden die Beschlüsse im Konsens getroffen, obwohl Bolivien sich dagegen gestellt hatte. Konsens heißt nicht, dass alle Länder zustimmen müssen. Das Kyoto-Protokoll wurde von den USA nicht ratifiziert. Deshalb ist in diesem Rahmen auch die Zustimmung der Obama-Regierung nicht notwendig.

8) Ist die Trennung in Industrie- und Schwellenländer noch zeitgemäß?

Nein, die Grenze zwischen Industrieland und Entwicklungsland ist längst aufgelöst. In China und Indien leben Millionen Menschen in großer Armut, aber auch eine millionenstarke Minderheit nach westlichem Standard. Die Pro-Kopf-Emissionen in den USA sind rund zehnmal Mal so hoch wie in Indien und knapp doppelt so hoch wie in China. China ist heute der größte CO₂-Emittent, und bedroht somit ebenso wie die klassischen Industrieländer die wirtschaftlich schwächeren Staaten, die unter den Folgen des Klimawandels bereits jetzt leiden.

Es ist wichtig, die schwarz-weiß-Einteilung zu überwinden und neue Koalitionen mit Staaten zu bilden, die sich für den Klimaschutz einsetzen und auch ökonomisch davon profitieren werden. Für die Europäische Union heißt das, sie muss genau mit diesen fortschrittsorientierten Schwellenländern und Entwicklungsländern neue Bündnisse schmieden und darf sich nicht von Blockierern wie den USA, Kanada oder China abhängig machen.

9) Sind Verhandlungen auf Ebene der G20-Staaten oder Abkommen zwischen einzelnen Ländern nicht erfolgversprechender?

Bei den bisherigen G20-Treffen der zwanzig führenden Industrie- und Schwellenländer sind die Klimaverhandlungen ebenso wenig voran gekommen wie unter dem Dach der UN. Denn

auch dort sitzen die USA mit am Tisch und blockieren die Klimaschutz-Entscheidungen. Auch China und andere Schwellenländer haben G20-Beschlüsse für mehr Klimaschutz bisher boykottiert. Zudem spielen die Interessen der armen Länder, die der Klimawandel am härtesten trifft, bei den G20-Verhandlungen keine Rolle.

10) Europa scheint durch die Finanzkrise gelähmt – welche Rolle kann die EU auf der COP17 einnehmen?

In Durban muss die EU sichtbar und hörbar die Führung übernehmen. Aktuell beharrt die EU auf Klimaziele, die weit hinter dem Möglichen und Notwendigen zurückbleiben. Seit 2007 hat die Union nichts Entscheidendes mehr für den Klimaschutz beschlossen; beim Klimagipfel von Kopenhagen manövrierte sie sich durch innere Streitigkeiten zunehmend ins Abseits. Die EU muss ihre Vorreiterrolle beim Klimaschutz wiedergewinnen und ungeachtet der internationalen Blockaden das Klima schützen. Sie darf sich nicht durch einzelne Industrien, die die politischen Klimaziele gezielt torpedieren, beeinflussen lassen. (siehe Greenpeace-Report, Stand: November 2011, <http://gpurl.de/sMlaG>).

Die Klimakrise kann einen Ausweg aus der Finanzkrise weisen: Europas Politiker rechnen immer wieder vor, dass Klimaschutz und saubere Technologien eine enorme wirtschaftliche Chance sind: Eine klimafreundliche Wirtschaft schafft Millionen Arbeitsplätze, große Investitionschancen für moderne Unternehmen und globale Wettbewerbsvorteile.

11) Welchen Einfluss hat Deutschland?

Deutschland ist in Durban zwar nur Teil des EU-Blocks, hat aber eine einflussreiche Rolle innerhalb und außerhalb dieser Ländergruppe. Erneuerbare Energien sind zum Markenzeichen der deutschen Energiepolitik geworden, besonders nach der diesjährigen Entscheidung zum deutschen Atomausstieg bis zum Jahr 2020. Doch international ist die ehemalige "Klimakanzlerin" Angela Merkel kaum mehr wahrnehmbar.

Greenpeace erwartet von Frau Merkel deshalb,

- dass Deutschland seine zögerliche Haltung beim Klimaschutz endlich überwindet und sich in Durban für eine Führungsrolle der EU einsetzt.
- dass Deutschland klare Signale an die USA sendet und diese wissen lässt, dass man eine amerikanische Blockadehaltung nicht akzeptieren wird.
- dass sich Deutschland für ein schärferes EU-Klimaziel einsetzt, sodass die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2020 um 30 Prozent – statt wie bisher geplant 20 Prozent – gegenüber dem Stand von 1990 gesenkt werden sollen.

12) Welche Rolle spielt das Gastgeberland Südafrika?

Dass das Gastgeberland erheblichen Einfluss auf die Verhandlungen nehmen kann, zeigten bereits die UN-Konferenzen in Kopenhagen 2009 und Cancun 2010. Während die Verhandlungsleitung in Kopenhagen katastrophal war, konnten im Folgejahr unter dem Gastgeber Mexiko in Cancun wichtige technische Fragen geklärt werden. Die Lösung der großen politischen Probleme wurde jedoch auf die laufende Klimakonferenz in Durban vertagt.

Dem diesjährigen Gastgeber Südafrika kommt somit eine sehr wichtige Rolle bei der Suche nach einem ambitionierten Kompromiss zu. Der Veranstaltungsort hat auch eine symbolische Bedeutung für die Verhandlungen: Einerseits ist Afrika der Kontinent, der bereits heute am meisten unter der Erderwärmung leiden muss, mit verheerenden ökologischen Auswirkungen und bitteren Folgen für die soziale Gerechtigkeit. Andererseits

ist der Gastgeber Südafrika selbst der größte CO₂-Emittent unter den afrikanischen Ländern – ein Ansporn, bei den laufenden Verhandlungen und zukünftig selbst eine führende Rolle beim Klimaschutz zu übernehmen.

Klimaschutzfinanzierung

13) Wie geht es mit dem Green-Climate-Fund weiter?

In Cancun haben die Staaten 2010 einen Klimafonds beschlossen, aus dem Klimaschutz und Anpassung in Entwicklungsländern finanziert werden sollen. In Durban müssen sie diesen Green-Climate-Fund in Kraft setzen, mit ersten Geldern ausstatten und einen Fahrplan für die Folgefinanzierung aufstellen. Die Industriestaaten haben sich bereits verpflichtet, ihre Klimafinanzierung für Entwicklungsländer bis 2020 auf 100 Milliarden Dollar pro Jahr ansteigen zu lassen. Damit dies kein leeres Versprechen bleibt, müssen vor dem Hintergrund der Finanzkrisen neue Finanzierungsquellen erschlossen werden. Greenpeace schlägt vor: Abgaben auf den Flug- und Schiffsverkehr, eine Börsenumsatzsteuer und die Versteigerung von Emissionszertifikaten können zweistellige Milliardenbeträge beisteuern – ohne die öffentlichen Haushalte zu belasten. Zudem müssten die milliarden schweren Subventionen für fossile Energien zügig abgebaut werden, was auch die CO₂-Emissionen spürbar senken würde.

14) Welche Rolle spielt der Waldschutz?

Wirksamer Klimaschutz kann nur mit besserem Schutz der Wälder funktionieren, denn die tropische Entwaldung ist für etwa zwanzig Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich. Greenpeace fordert deshalb ein eigenes Budget innerhalb des grünen Klimafonds für die Tropenländer. Bisher hatte sich auch die Europäische Union für Urwaldschutzgelder aus dem Grünen Fonds eingesetzt. Doch Deutschland und die EU knicken in dieser Frage vor den Interessen der fossilen Industrien ein. Der Kohlenstoffmarkt soll zukünftig für Waldzertifikate geöffnet werden. Dies würde jedoch den Kohlenstoffmarkt mit billigen Waldzertifikaten überschwemmen – und nicht die Urwälder schützen. In Durban wird sich somit entscheiden, ob sich die fossile Industrie durch billige Waldzertifikate von ihren zukünftigen Auflagen zur CO₂-Reduktion freikaufen kann oder nicht.

Auch bei den Anrechnungsregeln der Wälder von Industrieländern hat sich bisher die Lobby der Forst- und Holzindustrie durchgesetzt. Die Senken- und Quellenleistung der deutschen Wälder beispielsweise soll durch Rechentricks so manipuliert werden, dass selbst die zunehmende Ausbeutung der Wälder als Senke dargestellt werden soll – obwohl dies die Atmosphäre aufheizt. Greenpeace fordert deshalb ehrliche Anrechnungsregeln.

Achtung Redaktionen:

Sie erreichen die Greenpeace-Sprecher **Martin Kaiser** (Leiter Internationale Klimapolitik) und **Stefan Krug** (Leiter politische Vertretung) in Durban. Anfragen koordiniert **Tina Loeffelbein** vor Ort: Tel. 0049 151-16720915 oder 0027 72-4276693; Email Tina.Loeffelbein@greenpeace.de.

Hintergründe über Twitter (twitter.com/martinkaisergp) und Blog (gpurl.de/durban) von Martin Kaiser. Greenpeace-Positionspapier zur COP17 online (<http://gpurl.de/ZiN4i>)